

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 39 | Mai 2026



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



unsere Welt verändert sich stetig. Aktuell entsteht das Gefühl, dass Akteure auf nahezu allen Kontinenten nationale Egoismen vornan stellen und mit aller Kraft eigene

Interessen durchboxen – ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Vernunft, internationale Regeln oder Menschlichkeit. Und einige gehen dabei nicht nur sprichwörtlich über Leichen.

Und dennoch gibt es Entwicklungen für neue Zuversicht: Die Bürger Ungarns haben im April nach 16 Jahren „Herrschaft“ des Autokraten Orbán sehr deutlich für einen Regierungswechsel gestimmt. Peter Magyar und sein Kabinett sind nun am Zug zu beweisen, dass sie dieses Vertrauen verdienen und das Land zurück zur Rechtsstaatlichkeit und gelebter Demokratie führen.

Im Juni tritt die sehr umfangreiche Europäische Asylreform in Kraft. Durch Registrierung aller irregulär ankommenden Menschen und faire Verteilung von Asylverfahren kann eine bessere Grundlage für künftige Verfahren geschaffen – und damit Zusammenhalt von Menschen neu gestärkt werden.

Bereits traditionell berichte ich über den Girls' Day der NRW-Europaabgeordneten in Brüssel, der inzwischen über die NRW-Grenzen hinaus für großes Interesse sorgt. Ein weiteres bewegendes und mitunter emotionales Thema ist die Sicherheit des Internets insbesondere für junge Menschen.

Ich wünsche wie immer spannende Lektüre!

Herzliche Grüße, Ihre

Birgit Pippel

Europäische Asylreform tritt im Juni in Kraft

Kaum ein Thema hat in den letzten zehn Jahren für so viel Uneinigkeit in der EU gesorgt wie der Umgang mit Migration und Flucht. Nach jahrelangem Stillstand wurde dann im Frühjahr 2024 eine Lösung gefunden, die nach einer zweijährigen Umsetzungsphase am 12. Juni 2026 endlich in Kraft tritt.

Gerade für meine sozialdemokratische S&D-Fraktion war die Reform des Europäischen Asylsystems nicht leicht. Denn um mit Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, mussten wir auch Zugeständnisse machen. Dies war jedoch notwendig, damit überall in Europa wieder Recht gewahrt wird und auch die Europäische Kommission ihrer Rolle nachkommt und bei Verstößen Sanktionen einleitet.

Durch das neue System werden flächendeckend alle irregulär eingereisten Menschen registriert und einer Identitäts- und Sicherheitsprüfung unterzogen. So stellen wir sicher, dass wir stets wissen, wer in die EU einreist, und schaffen eine bessere Grundlage für spätere Verfahren, zu denen auch erstmalig ein verpflichtender Solidaritätsmechanismus zählt. Über diesen haben die Mitgliedstaaten in diesem Jahr die Aufnahme von ca. 9.000 Schutzsuchenden aus den Ersteinreisestaaten und Unterstützung in Höhe von rund 180 Mio. Euro versprochen. Auch Deutschland wird dazu seinen Beitrag leisten.

Als Vorsitzende der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Asylreform habe ich den Prozess eng verfolgt und bin vorsichtig optimistisch, dass die Eckpfeiler der Reform rechtzeitig bereit sein werden. Aufgrund

des immensen Umfangs und der neuen Abläufe wird sich aber erst in der Praxis zeigen, ob das neue System reibungslos funktioniert.

Trotzdem kann die Reform kein Allheilmittel werden, da ein erfolgreicher Umgang mit Migration nicht nur von der gelungenen Umsetzung abhängt, sondern von vielen Faktoren beeinflusst wird. Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gehören ebenso dazu wie ausreichende Mittel in nationalen und EU-Haushalten; über letzteren wird derzeit in Brüssel verhandelt.

Zu lange wurde das Thema Migration missbraucht, um Hass und Hetze zu schüren und unsere Gesellschaft zu spalten. Es ist nun an uns, diese Entwicklung zu stoppen und die positiven Seiten der Migration und des grenzüberschreitenden Zusammenhalts hervorzuheben.



Wenn der Bildschirm zur Gefahr wird: Social Media und junge Menschen

Die Gefahren sozialer Medien liegen längst nicht mehr nur in einzelnen Inhalten, sondern vor allem im Design der Plattformen selbst. Es geht um Strukturen, die Aufmerksamkeit maximieren sollen, oft um jeden Preis. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der SPD und Teil der S&D Fraktion im Europäischen Parlament ist für uns klar: wer die Risiken ernsthaft bekämpfen will, muss genau hier ansetzen.

Viele Plattformen basieren auf einem Geschäftsmodell, das gezielt mit psychologischen Mechanismen arbeitet. Endloses Scrollen, algorithmische Verstärkung, gezielte Benachrichtigungen und sogenannte Dark Patterns sind kein Zufall, sie sind darauf ausgelegt, Nutzerinnen und Nutzer möglichst lange zu binden. Diese Mechanismen fördern Abhängigkeiten, verzerren Wahrnehmungen und können insbesondere junge Menschen in problematische Nutzungsspiralen führen. Das Problem verschärft sich, wenn diese

wird zur Währung, und Manipulation wird Teil des Geschäftsmodells.

Altersverifikation und das zwangsläufig notwendige Vorzeigen des Ausweises im Internet werden oft als Allheilmittel und einfache Lösung für den Schutz von Kindern dargestellt; sie greifen jedoch zu kurz und verlagern die Verantwortung auf die Nutzerinnen und Nutzer statt auf die Plattformen. Sie schaffen neue Probleme wie Datenschutzrisiken, mögliche Datenlecks und die Ausgrenzung anonymer oder vulnerabler Gruppen, ohne die eigentlichen Ursachen unsicherer Online-Räume zu beheben. Ein sicheres Internet ist keine Frage des Alters allein, sondern betrifft alle Menschen: toxische Inhalte, manipulative Designs und unzureichende Moderation schaden Nutzerinnen und Nutzern unabhängig vom Geburtsdatum.

Diese Dynamik hat auch eine besonders dunkle Seite: die sexuelle Ausbeutung von Kindern im digitalen Raum. Ermittlungen

Millionenstrafen verurteilt. Sexualstraftätern sei ein ungehinderter Zugang zu minderjährigen Nutzerinnen und Nutzern gewährt worden. Die Entscheidung in den USA ist das erste Geschworenengericht dieser Art gegen den Social-Media-Konzern. Meta kündigte an, in Berufung zu gehen, statt etwas an seinem Geschäftsmodell zu ändern.

Doch gerade hier ist es entscheidend, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Effektiver Kinderschutz bedeutet nicht, wahllos in die private Kommunikation aller Menschen einzugreifen.

Zum einen fehlt es weiterhin an Technologien, die zuverlässig zwischen strafbaren und nicht-strafbaren Bildern unterscheiden können. Kontext, Intention und zwischenmenschliche Beziehungen lassen sich nicht automatisiert erfassen. Zum anderen untergräbt ein solcher Ansatz fundamentale Grundrechte für alle, insbesondere auch für Kinder. Sichere, vertrauliche Kommunikationsräume sind aber ein wesentlicher Bestandteil einer freien und demokratischen Gesellschaft.

Deshalb setzen wir uns als S&D Fraktion für einen gezielt, evidenzbasiert und verhältnismäßigen Ansatz ein. Dazu gehört die konsequente Bekämpfung bereits bekannten und gemeldeten Missbrauchsmaterials, die Stärkung von Strafverfolgungsbehörden, der Ausbau von Präventions- und Hilfsangeboten sowie vor allem eine stärkere Regulierung der Plattformarchitektur selbst.

Denn wer es ernst meint mit dem Schutz von Kindern, muss die systemischen Ursachen angehen: Plattformen dürfen nicht länger von Mechanismen profitieren, die Risiken verstärken. Es braucht klare Regeln gegen manipulative Designs, mehr Transparenz bei Algorithmen und echte Verantwortung für die Auswirkungen digitaler Geschäftsmodelle.

„Privacy by default“ also eine grundsätzlich sichere und datenschutzfreundliche Gestaltung müssen Grundlage digitaler Medien werden. Wer sich daran nicht halten will, sollte auf dem europäischen Markt auch keine Gewinne machen dürfen.



Systeme nicht neutral sind, sondern Inhalte priorisieren, die maximale Reaktionen hervorrufen. Polarisierende, schockierende oder emotional aufgeladene Inhalte werden verstärkt, nicht, weil sie gesellschaftlich von Mehrwert sind, sondern weil sie ökonomisch profitabel sind. Aufmerksamkeit

und Studien zeigen, dass Plattformen teilweise Strukturen bieten, die Täter ausnutzen können, etwa durch gezielte Kontaktaufnahme, Gruppendynamiken oder algorithmische Empfehlungen. Erst im März 2026 wurde Meta wegen mangelnden Kinderschutzes mehrfach zu



Europa in Aktion – der Girls' Day 2026 der SPD-Europa-Abgeordneten aus NRW

Welche Ideen haben junge Frauen für die Politik? Dieser Frage stelle ich mich jährlich, wenn ich meine Bürotür in Brüssel für Mädchen aus dem Wahlkreis öffne. Gemeinsam mit meinen Kollegen Jens Geier und Tobias Cremer habe ich auch in diesem April 24 Mädchen im Alter von 16-18 Jahren eingeladen, um einen Einblick in die europäische Politik zu gewinnen. Mit tatkräftiger Unterstützung des Heinz-Kühn-Bildungswerk bieten wir den Mädchen ein dreitägiges Programm, das Workshops zu Gleichstellung und Frauenrechten, einem Besuch im Haus der Europäischen Geschichte und natürlich einen Vormittag im Europäischen Parlament beinhaltet.

Aus ganz NRW kamen die Teilnehmerinnen zunächst in Köln zusammen, um gemeinsam die Anreise nach Brüssel anzutreten. Nach der Ankunft ging es gleich los mit einer Stadtführung durch die historische Altstadt Brüssels – mit einem besonderen Augenmerk auf bedeutende weibliche Persönlichkeiten und feministische Spuren in der europäischen Metropole. Eine von ihnen war Éliane Vogel-Polsky: als Juristin setzte sie sich Zeit ihres Lebens für gleiche Entlohnung für Männer wie Frauen in der Arbeitswelt ein. Heute ist eine Straße nach ihr benannt.

Mit einem gemeinsamen Abendessen der Teilnehmerinnen mit mir und meinen Kollegen Tobias Cremer und Jens Geier ließen wir den ersten Tag der Reise im Herzen des Europa-Viertels ausklingen.

Dies war auch meine erste Gelegenheit, die Mädchen kennenzulernen, die ich selbst ausgewählt hatte. In ungezwungener Atmosphäre konnten wir über unsere Arbeit im Parlament und persönliche Werdegänge erzählen und natürlich auch mehr über die Träume und Visionen der Teilnehmerinnen erfahren.

Am nächsten Morgen ging es dann rein ins Getümmel: Der Besuch des Europäischen Parlaments stand bevor. Und wie es auch an meinen Arbeitstagen häufig üblich ist, ging es auch für die Mädchen bereits um 08:30 Uhr los. Einen Vormittag lang konnten die Teilnehmerinnen in den Arbeitsalltag von uns Europaabgeordneten reinschnuppern und die Ecken des Parlaments zu sehen bekommen, die sonst nicht in der Presse gezeigt werden. Dabei hatten sie auch die Chance, den Plenarsaal aus der Perspektive der Abgeordneten zu besuchen und einen Blick in unsere Büros zu werfen.

Beim Austausch mit der gleichstellungspolitischen Sprecherin der Europa-SPD, Maria Noichl, bekamen die Mädchen dann einen umfassenden Einblick in die Politik zu Frauenrechten in der EU. Denn eins ist klar: in Sachen Gleichstellung bleibt noch viel zu tun. Gerade erst hat der Fall Collien Fernandes uns erschreckend vor Augen geführt, wie viel etwa beim Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt im Netz noch zu tun ist. Als Sozialdemokrat*innen kämpfen wir deshalb schon lange dafür, geschlechtsspezi-

fische Gewalt endlich als EU-weiten Straftatbestand anzuerkennen. Nur so kann die Europäische Union wirksam und grenzüberschreitend handeln, Strafbarkeitslücken schließen und Opfern den Schutz bieten, den sie verdienen – unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat sie leben.

Beim Speeddating mit uns NRW-Abgeordneten konnten die Teilnehmerinnen uns dann mit Fragen rund um Europapolitik löchern. Umgekehrt war es mir auch ein Anliegen, zuzuhören, was die Mädchen in Sachen Gleichstellung beschäftigt und wo sie sich eine andere EU-Politik wünschen würden. Einige dieser Antworten haben wir auf meinen Social-Media-Kanälen in einem „Recap“-Video zusammengefasst.

Nach einem ereignisreichen Vormittag im Parlament kamen die Mädchen in den Genuss einer Landesdelikatesse: belgische Pommes. Gestärkt ging es dann ins „Haus der Europäischen Geschichte“, das tiefe Einblicke in die Entwicklung Europas liefert.

Am letzten Tag war es Zeit, Bilanz zu ziehen: über den Stand der Frauenrechte, was sich noch ändern muss und wie feministischer Lobbyismus dabei helfen kann. Den Abschluss bot ein gemeinsames Mittagessen. Von dort aus ging es zurück in die Heimat: mit vielen Eindrücken, neuen Freundschaften und einer echten Idee, wie Europa die Rechte von uns allen stärken kann, wenn wir uns dafür engagieren.

Hoffnung für Ungarn

Am Abend des 12. April ging ein hörbares Aufatmen durch die EU und insbesondere auch durch Brüssel: Nach 16 Jahren quasi-Autokratie unter Orbán ist es Oppositionsführer Péter Magyar gelungen, was lange kaum möglich schien. Trotz eines im Interesse Orbáns mehrfach veränderten Wahlrechts und einer fast vollkommen Orbán-getreuen Medienlandschaft wird Magyars Tisza künftig über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament verfügen und somit weitgehende Reformen im Land durchführen können.

Damit hat sich das ungarische Volk deutlich positioniert: für einen pro-europäischen Kurs, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und weg von Orbáns autokratischer Führung. Orbáns Lieblings-Feindbild EU, seine Versuche, Ungarn als starke Nation zu präsentieren, konnten bei den Menschen nicht mehr ziehen. Stattdessen hinterlassen 16 Jahre Viktor Orbán ein autokratisches, heruntergewirtschaftetes Ungarn, das Russland näher zu stehen scheint als der EU.

Umso mehr ist das Wahlergebnis, das insbesondere auch junge Wähler:innen möglich gemacht haben, eine Verpflichtung für die neue Regierung, die versprochenen Reformen tatsächlich durchzuführen. So hat Magyar versprochen, Ungarn zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit führen zu wollen und die grassierende Korruption zu bekämpfen. Etwa durch den angekündigten Beitritt Ungarns zur Europäischen Staatsanwaltschaft, die Straftaten gegen



den EU-Haushalt, wie Korruption oder grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug, strafrechtlich verfolgen soll. Wenn dies nachweislich geschehen ist, sollten die eingefrorenen europäischen Fördergelder schrittweise freigegeben werden. Diese Gelder hat Magyar auch dringend nötig, um die stark geschwächte Wirtschaft Ungarns wieder zu stärken und beispielsweise das marode Gesundheitssystem und Bildungswesen wieder zu modernisieren. Ich erwarte zudem, dass auch die über Jahre systematisch geschwächte Zivilgesellschaft Ungarns als essenzielle Säule der Demokratie wieder erstarken kann.

Dabei müssen wir uns nichts vormachen: Péter Magyar ist und bleibt ein konservativer Politiker, der früher selbst bei der Fidesz-Partei war; im neu gewählten

ungarischen Parlament werden mit Tisza, Fidesz und Mi Hazánk nur noch drei rechte bzw. extrem-rechte Parteien vertreten sein. Gleichzeitig ist Magyar ein Politiker ohne Regierungserfahrung und die Tisza eine relativ junge Bewegung, mit sehr vielen neuen Gesichtern ohne Parlamentserfahrung. Und auch trotz der Abwahl Orbáns sitzen viele seiner Gefolgsleute weiterhin in Schlüsselpositionen der ungarischen Behörden. Umso mehr müssen wir als Sozialdemokrat:innen Ungarn auf seinem Reform-Weg eng begleiten und dabei sicherstellen, dass geltendes EU-Recht, wie etwa das Gemeinsame Europäische Asylsystem, umgesetzt wird. Und natürlich müssen auch der Schutz der Grundrechte und der Schutz vor Diskriminierung, etwa von LGBTI+-Personen, künftig von Ungarn wieder respektiert werden.

Impressum

Verantwortlich: Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 27 · 59494 Soest
Telefon: 02921 599 1750 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion: Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

Satz: ensemble»design, Soest

Fotos: Birgit Sippel MdEP · © Europa-SPD 2025 · © studio v-zwoelf – adobeStock.com
© recstockfootage – Envato Elements · © Prostock-studio – Envato Elements

